

vielen Iren ist der Pakt suspekt – Experten stellen die Sinnhaftigkeit des Referendums überhaupt in Frage

der Grünen Insel

nur ihm in lebhafter Erinnerung geblieben. Zur Unsicherheit trägt bei, dass noch immer 22 Prozent der Wähler nicht wissen, welcher Seite sie ihre Stimme geben wollen. Der Gewerkschaftsbund hat sich diesmal mit einer Empfehlung ganz zurückgehalten. Auch die Grünen hüllen sich in Schweigen. Liberale Kommentatoren, die früher ein Ja zu EU-Verträgen angeraten hätten, melden plötzlich Bedenken an. Ökonomen und Politologen sehen im Fiskalpakkt „ernste Probleme“ – weil in Europa „alles in Flux“ gekommen sei.

Kritiker unterschiedlicher Couleur bemängeln, dass das im Februar von der Regierung in Dublin angekündigte Referendum nicht wenigstens auf Herbst verschoben wurde, nachdem François Hollande die Präsidentschaftswahlen in Frankreich gewonnen hat und nun allenthalben von notwendigen Wachstumsmaßnahmen, sogar von einer möglichen Paktänderung die Rede ist. Man wisse ja überhaupt nicht, ob in ein paar Wochen noch gültig sei, worüber man heute abstimme, monieren die Unzufriedenen.

„Als ziehe man in einen längst beendeten Krieg“

Die Voraussetzungen für Irlands Referendum hätten sich grundlegend geändert, urteilt der Mitherausgeber der „Irish Times“, Fintan O’Toole: „Dieses Referendum durchzudrücken, als ob überhaupt nichts passiert wäre, ist doch genauso, als ziehe man weiter in einen längst beendeten Krieg.“ Inzwischen stünden in weiten Teilen Europas die Postulate des Vertrags selbst in Frage: „Wir haben es hier mit einer Gezeitenwende zu tun. Und selbst so schwache Führungsfiguren, wie wir sie hier in Irland haben, müssten erkennen, dass es Wahnsinn ist, gegen den Strom zu schwimmen.“

Für undenkbar halten es indes die etablierten Parteien, die ihren EU-Partnern gegebenen Versprechungen nicht einzulösen. Ein zeitlicher Aufschub sei nicht möglich, versichert Premier Kenny. Nur die unverzügliche Absegnung des Fiskalpakts garantiere Irland künftige Hilfe aus Europa. Aller Zweifel, alle Verweigerung der Zusammenarbeit könne den Iren nur schaden.

„Ein Nein schafft nur Verwirrung, Ungewissheit, Mangel an Klarheit – was auch für Investitionen keine gute Sache ist“, erklärt Kenny. Bei seinem jüngsten Besuch in Brüssel habe er „erstmals erlebt, wie andere EU-Regierungschefs angefangen haben, Fragen zu stellen. Wer hier am Tisch legt sich nicht voll ins Zeug? Wer tut nicht genug, um seinen Stall in Ordnung zu bringen?“ Die Ratingagentur Standard & Poor hat die Iren wissen lassen, dass „der Ausgang dieser Abstimmung Irlands Kreditwürdigkeit beeinträchtigen kann“. Den Gegnern des Fiskalpakts kommen solche Warnungen wie nackte Erpressung vor. „Pure Einschüchterung“ werde hier betrieben, erklärt der Sozialist Murphy: „Die Leute sind im Grunde gegen den Vertrag. Aber der Angstschweiß steht ihnen auf der Stirn – weil man ihnen eine Pistole an den Kopf gesetzt hat.“

Von „übler Angstmacherei“ spricht auch die Republikanerpartei Sinn Féin, die offenbar mit ihrem Widerstand gegen den Pakt ihre Wählerbasis noch hat verbreitern können. Für Gerry Adams’ Nationalisten der alten Schule ist das „harsche Regime“ der Eurokraten kaum weniger schlimm, als es in früheren Zeiten „die britische Knute“ war. In Wirklichkeit, sagt Adams, könne Dublin, wenn Not am Mann sei, noch immer eine Reihe anderer Geldquellen auftun. Außerdem liege es nicht im Interesse der EU,

Irland fallen zu lassen. „Der Himmel stürzt nicht ein, wenn es zu einem Nein kommt“, pflichten auch politisch ungebundene Experten wie der Wirtschaftsprofessor Terence McDonough von der Uni Galway dieser Ansicht bei. „Bei diesem Referendum“, erklärt der Dubliner Politologe David Farrell, „geht es letztlich bloß um Angst auf der einen Seite und um Zorn auf der anderen.“

68 Prozent missbilligen den Kurs der irischen Regierung

Im fünften Jahr strammer Haushaltskürzungen auf der Grünen Insel schlägt die Unzufriedenheit mit der Regierung vor allem in den schwachen Einkommenschichten in Widerstand gegen die europäische Sparvereinbarung um. Bei einem Auftritt in der Grafschaft Donegal flogen Premier Kenny vorige Woche bereits ein paar Eier um die Ohren.

Im Vorjahr erst wurde Kennys Reform-Koalition mit großer Mehrheit ins Amt gewählt. Jetzt missbilligen bereits 68 Prozent den politischen Kurs der Regierung. Überall im Land haben sich kleine Protestgruppen gebildet. Und gegen eine der jüngsten Sparmaßnahmen Kennys – die Einführung einer neuen „Hausabgabe“ – hat sich ein regelrechter Boykott entwickelt.

In bürgerlich-bäuerlichen Kreisen freilich, aber auch unter vielen um ihren Besitzstand bangenden öffentlichen Bediensteten Irlands, scheint der Wille zur Unterordnung unter das „Fiskaldiktat“ vorzuherrschen. Die irische Parole sei und bleibe „Schaut, wir sind keine Griechen – wir machen brav alles mit“, erklären irische Zyniker. Kennys Regierung baut darauf, dass sich daran am Donnerstag nichts ändert. Bevor die Stimmen am Freitag gezählt sind, kann er sich seiner Sache aber nicht sicher sein. ■



Ihre Stimme bereits abgegeben haben die Bewohner auf einigen kleinen Inseln. Sie haben sich entschieden, doch 22 Prozent der Iren wissen noch nicht, wie sie am Donnerstag abstimmen werden. Foto: ap

„Der EU-Fiskalpakkt ist undemokratisch“

Von WZ-Korrespondent Steffen Klatt

■ Irischer Ökonom fürchtet, dass das Wirtschaftswachstum ausgebremst wird.

„Wiener Zeitung“: Sie rufen mit anderen Akademikern zu einem Nein auf. Warum sollte Irland den Fiskalpakkt ablehnen?

Terence McDonough: Dafür gibt es prinzipielle wie pragmatische Gründe. Bei diesem Pakt geht es darum, die Hände künftiger Volksvertreter zu binden. Es soll ihnen erschwert werden, den Willen ihrer Wähler umzusetzen. Das ist undemokratisch. Außerdem will der Pakt die heutige Sparpolitik vertiefen und unumkehrbar machen. Er steckt Regierungen in eine fiskalische Zwangsjacke. Das macht es für sie schwierig, auf künftige Rezessionen und Stagnationen mit einer Ankerbelung der Nachfrage zu reagieren.

Würde Irland bei einem Nein zum Pakt noch EU-Geld bekommen?

Ja. Die Bestimmung des Fiskalpaktes, wonach Irland ohne Zustimmung keinen Zugang zum

künftigen Euro-Rettungsschirm ESM bekommt, wurde eingefügt, um die Ja-Seite im Referendum zu unterstützen. Wenn Irland nein sagt, hat diese Bestimmung ihren Zweck nicht erfüllt und wird entfernt werden. Außerdem gibt es auch noch andere Möglichkeiten, die Kluft zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schließen.

Erstens Europa: Es gibt alternative Mechanismen, vor allem den bisherigen Rettungsschirm EFSF; eine ungeordnete Zahlungsunfähigkeit Irlands würde für Europa viel teurer als irgendeine Rettungsaktion. Zweitens der IWF, der Ansteckungsgefahren fürchtet. Drittens: Irland kann seine Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen erhöhen. Viertens: Irland kann mit den Gläubigern über seine Schulden verhandeln; das wird in jedem Fall geschehen. Fünftens: Innovative Schuldeninstrumente; so könnte Irland seine Staatsanlei-

hen für Steuerzahlungen akzeptieren. Das würde deren Wert auch bei einer Zahlungsunfähigkeit erhalten. Es wäre besser, eine Kombination dieser Möglichkeiten zu nutzen statt nur eine.

Sie wollen den Fiskalpakkt ablehnen und erwarten dennoch EU-Geld. Ist das nicht Erpressung?

Die globalen Folgen eines irischen Zahlungsausfalls versetzen Irland in eine starke Verhandlungsposition. Es ist keine Erpressung, wenn wir unsere Verhandlungsstärke nutzen.

Was würde geschehen, wenn Irland dem Pakt zustimmt?

Das würde zu weiterer Stagnation in Irland und Europa führen. Allerdings würde ein Nein allein auch noch nichts ändern.

Irland ist ein Spezialfall, weil es sich erst verschuldet, um seine Banken zu retten. War das richtig?

Nein. Irland hätte die Einlagen und eine gleich große Menge der besten Vermögenswerte verstaatlichen und in eine öffentliche „gute Bank“ überführen sollen. Die übr-

igen Vermögenswerte von schlechter Qualität wären den Bankaktionären und -gläubigern geblieben. Wenn der EZB die Rettung der Gläubiger so wichtig gewesen wäre, dann hätte sie das auf eigene Rechnung tun sollen.

Wie kann sich Irland aus der Immobilienblase herausarbeiten?

Es müssen nicht nur die öffentlichen Schulden erlassen werden, sondern auch ein großer Teil der privaten Schulden. Dazu gehören auch Hypothekenschulden.

Wann wird Irland wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen?

Unter der gegenwärtigen Politik wird das für sehr lange Zeit unmöglich sein. Wir können uns nicht mit Ausgabenkürzungen aus der Rezession herausarbeiten.

Wann wird Irland an die Finanzmärkte zurückkehren können?

Es klingt ironisch, aber ein ordentlicher Bankrott würde viel Unsicherheit aus dem Anleihemarkt nehmen und eine frühere Rückkehr ermöglichen. Aber niemand weiß wirklich eine Antwort.

Welches Abstimmungsergebnis erwarten Sie für das Fiskalpakkt-Referendum am Donnerstag?

Ich denke, dass eine Mehrheit dem Pakt zustimmen wird. Die irische Regierung hat ja eine einfache Strategie verfolgt: Erst hat sie die Bestimmung in den Pakt eingefügt, wonach Irland bei einer Ablehnung kein Geld mehr bekäme. Und dann hat sie den irischen Wählern gesagt, dass es kein Geld mehr gäbe, wenn sie mit Nein stimmen. Diese Strategie scheint zu funktionieren. ■

Zur Person



Terence McDonough

Der Ökonom hat an der Universität von Massachusetts in Amherst promoviert und ist Professor an der Universität Galway in Irland. Foto: NUI Galway